

An die Leser

Das Kinder- und Jugendhilferecht bedarf der Reform, darüber herrscht weitgehende Einigkeit in Politik, Wissenschaft und Praxis. Über das „Wie“ einen Konsens zu finden, erweist sich als deutlich schwieriger: Die vergangene Legislaturperiode war geprägt von kontroversen und am Ende nahezu ergebnislosen Verhandlungen um ein „Kinder- und Jugendstärkungsgesetz“, dessen letzte Reste derzeit (noch) im Bundesrat liegen – mit ungewissem Ausgang. Die neue Regierung hat sich die Reform des Kinder- und Jugendhilferechts wieder auf die Agenda gesetzt; den dürren Bemerkungen im Koalitionsvertrag sind allerdings kaum inhaltliche Aussagen zu entnehmen. Es schien uns daher angebracht, den Schwerpunkt dieses Heftes dem Kinder- und Jugendhilferecht zu widmen. „Rückblick und Ausblick“ könnte das Motto sein, unter dem wir seine Beiträge zusammengestellt haben.

Wir freuen uns ganz besonders, dass einer der „Väter“ des Kinder- und Jugendhilfegesetzes von 1990, *Reinhard Wiesner*, diesen Schwerpunkt maßgeblich mitgestaltet hat. Sein Leitartikel fasst die Reformbemühungen der vergangenen Legislaturperiode zusammen und liefert damit auf knappem Raum eine Chronik eines vielschichtigen und schwer zu überblickenden Prozesses. Sie macht deutlich, wie viele grundsätzliche Fragen mit einer Reform des Kinder- und Jugendhilferechts angesprochen werden: Wie kann eine „inklusive“ Gestaltung dieses Rechtsgebiets aussehen? Soll das bestehende Anspruchssystem durch (weitere) Leistungen für Kinder mit Behinderungen ergänzt werden oder bedarf es einer neuartigen Anspruchsstruktur? Werden die Grund- und Menschenrechte von Kindern und Jugendlichen im SGB VIII hinreichend abgebildet oder bedarf es neuer Schutz- und Beteiligungsmöglichkeiten? Ist das Hilfeplanverfahren für alle Leistungsarten geeignet und notwendig? – um nur einige der drängendsten Fragen zu nennen.

Der Schwerpunkt beginnt mit einem Beitrag zum Pflegekinderrecht. *Susanne Dern* und *Christine Köckeritz* befassen sich mit der Reformdiskussion im Pflegekinderrecht und stellen dabei das Bedürfnis von Kindern und Jugendlichen nach Kontinuität in ihren gelebten Beziehungen in den Vordergrund. Die sozialen Bindungen von Kindern und Jugendlichen genießen als Teil ihrer Persönlichkeitsrechte grund- und menschenrechtlichen Schutz. Pflegekindern eine dauerhafte Lebensperspektive zu verschaffen, ist darum für *Dern* und *Köckeritz* neben der Arbeit mit den Herkunftseltern eine wichtige Regelungsaufgabe für ein künftiges Pflegekinderrecht. Daneben appellieren die Autorinnen nachdrücklich an die Politik, wissenschaftliche Erkenntnisse im weiteren Reformprozess stärker und ernsthafter zur Kenntnis zu nehmen. Kritik wird an der gegenwärtigen Situation in der Pflegekinderhilfe aber auch aus anderer Perspektive geübt: Allzu häufig vernachlässigt die Praxis die begleitende Arbeit mit den Herkunftseltern und schmälert damit die Chancen der betroffenen Kinder und Jugendlichen, zu ihnen zurückzukehren oder – sofern dies nicht möglich ist – auch in der neuen Situation der Fremdunterbringung ein tragfähiges Verhältnis zu ihnen zu entwickeln bzw. zu erhalten. Diese beiden Herausforderungen des Pflegekinderrechts in gesetzlichen Normen angemessen zur Geltung zu bringen, dürfte eine der großen Herausforderungen in der weiteren Reformdiskussion bleiben.

Mit der Aufgabe der Jugendhilfe, Eltern zu beraten, zu unterstützen und in Hilfeprozesse sowie Gefährdungseinschätzungen einzubeziehen befasst sich der Beitrag von *Stefan Heinitz*. Aus sozialpädagogischer Perspektive analysiert er die Dynamiken von Kinderschutzverfahren

und legt die der sozialen Arbeit häufig zugrundeliegenden Leitbilder verschiedener „Elternkategorien“ offen. Er plädiert an die Praxis, die Prämissen der eigenen Arbeit zu reflektieren und für einen gleichberechtigten, partnerschaftlichen Umgang mit Eltern fruchtbar zu machen.

Die beiden folgenden Beiträge widmen sich zwei weiteren kontroversen Themen der gegenwärtigen Reformdiskussion: *Norbert Struck* fasst die bisherige Debatte zu der angestrebten „inklusiven“ Struktur des Kinder- und Jugendhilferechts zusammen. Ohne das Ziel einer Kinder- und Jugendhilfe für alle jungen Menschen mit und ohne Behinderungen in Frage zu stellen, wendet er sich dennoch gegen den in den ersten Reformentwürfen vorgesehenen einheitlichen Leistungstatbestand der „Leistungen zur Erziehung und Teilhabe“. Mit Nachdruck setzt er sich für eine Lösung ein, in der die bisherigen Ansprüche des SGB VIII auf Hilfen zur Erziehung durch einen eigenen sozialrechtlichen Leistungstatbestand der Eingliederungshilfen ein. *Knut Hinrichs* gibt einen Überblick über den Diskussionsstand zum Thema „Sozialraumorientierung“. Dabei arbeitet er insbesondere die schwierige Verknüpfung dieses ursprünglich fachlich-inhaltlichen Konzepts mit Finanzierungsfragen anschaulich heraus, verweist auf empirische Wirksamkeitsforschung und macht Vorschläge für eine künftige Gestaltung der Hilfen zu Erziehung, die sozialräumlichen und lebensweltbezogenen fachlichen Ansätzen mehr Raum verschaffen kann, ohne sie als Anlass für Budgetkürzungen zu missbrauchen.

(Noch) nicht zu den Dauerbrennern der kinder- und jugendhilferechtlichen Diskussion gehört das Thema von *Reinhold Gravelmann*: die neuen Medien in der sozialen Arbeit. Unser Autor sieht die dringende Notwendigkeit einer fachlichen Debatte, die sowohl den eigenen Umgang der Träger und Fachkräfte mit den neuen Medien als auch die medienpädagogischen Konzepte in der Kinder- und Jugendhilfe kritisch reflektiert. Nicht nur Skepsis und Risikovorsorge sollen für ihn dabei im Mittelpunkt stehen, sondern vor allem auch die Befähigung junger Menschen, die neuen Medien verantwortlich zu nutzen und ihre Potenziale für mehr Teilhabe- und Partizipationschancen auszuschöpfen. Der Schwerpunkt schließt mit einem Praxisbericht von *Antje Steinbüchel* und *Philip Schützeberg* zu der Verteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge – eine Bilanz des 2015 neu eingeführten Verteilungsverfahrens, die im Hinblick auf die Situation der betroffenen jungen Menschen durchaus positiv auffällt, jedoch auch einige Herausforderungen der praktischen Umsetzung aufzeigt, die in der künftigen Reformdiskussion berücksichtigt werden sollten.

Weitere Themen dieses Heftes: *Friedhelm Hufn* setzt sich mit dem in der Praxis der politischen Jugendbildung äußerst aktuellen Problem der staatlichen Neutralität auseinander und plädiert entschieden für eine Haltung, die zentrale Werte der Verfassung wie demokratische Kommunikation, Gleichberechtigung und Toleranz verteidigt. Mit der verfassungsrechtlichen Situation internationaler und ausländischer Schulen in Deutschland befasst sich *Winfried Kluth* – auch dies ein aktuelles Thema, das im Zusammenhang mit der Integrationsfunktion des öffentlichen Schulsystems betrachtet werden muss. Wie gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland praktisch verwirklicht werden können, bleibt eine Herausforderung nicht nur für die Kinder- und Jugendhilfe, sondern gerade auch für die Schule.